

Verbands-Zeitung

Ding für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Bezugspreis Erhältlich wöchentlich am Sonnabend
vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreisland 2,70 Mark
eingetragen in die Postzeitungsliste

Bereiter u. Herausg. Redaktion: Fr. Arie, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Geschäft: Berlin S. 21, Schäfferstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 21.

Bezugspreis:
Geschäftszweigen kosten die lebensgehaltene Aboneielle 10 Pfennig
Schlaf im Bausee: Dienstag früh 8 Uhr.

Berbandsvorstand Martin Ebel +

Kurz vor Redaktionsschluß erhielten wir die unerwartete und niederschmetternde Nachricht, daß unser Berbandsvorstand Kollege Martin Ebel um 1 Uhr in der Nacht zum 7. Dezember einem Sturzfall erlegen ist. Er war am späten Abend aus Sachsen, wo er in Berbandsangelegenheiten tätig war, nach Hause zu seiner Familie gekommen. Nichts deutete auf die nahe Katastrofe hin, die dann eintrat. Als sich die ersten Anzeichen bemerkbar machten, riefte er, daß es zu Ende geht. Sein letzter Wunsch und Aufru

on seine Familie war: Grußt die Kollegen noch einmal von mir!

Schwer trifft es in dieser trüben Zeit eine Organisation, ihren Führer zu verlieren. Was Kollege Martin Ebel den Kollegen war und für die Organisation tat, das zu würdigen, müssen wir uns für die nächste Woche vorbehalten. Zugewiesen wird er der Erde übergeben sein. Neben die Zeit der Beerdigung geht den Zahlstellen Mitteilung zu.

Wir nehmen Abschied von ihm, dem treuen

Freund, trefflichen Führer und wackeren Streiter für die Interessen der Kollegen, dessen arbeitsreiches Leben der Tod zu schnell ein Ziel setzte; er ist mit 47 Jahren alt geworden. Um ihn trauert neben seiner Familie die große Familie des Verbandes. Möge er in Frieden ruhen!

Hauptvorstand des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Redaktion der "Verbands-Zeitung".

Zur Einführung des neuen Statuts.

Luft Begeiß der Konferenz des Berbandsvorstandes, des Berbandsausschusses und der Bezirksleiter tritt am 1. Januar 1915 das vom 19. Berbandsitag in Hamburg beschlossene neue Verbandsstatut vollständig in Kraft. Für die Mehrheit der Verbandsmitglieder tritt dadurch eine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche ein, allgemein eine Regelung der Unterstürzungen.

Am Grund des neuen Statuts beträgt der Lokalteilbeitrag:

für alle weiblichen und für die männlichen Mitglieder, die unter 18 Pf. pro Woche verdienen, 40 Pf.,

für die Mitglieder mit einem Wochenverdienst von 18 bis 24 Pf. 50 Pf.

für die Mitglieder mit einem Wochenverdienst über 24 Pf. 60 Pf.

Mitglieder, die über 27 Pf. pro Woche verdienen, können den nicht allgemein festgesetzten Wochenbeitrag von 70 Pf. zahlen.

Zu diesen Verbandsbeiträgen kommen noch die in den Zahlstellen üblichen Lokalteilbeiträge.

Von der ersten Beitragswoche des Jahres 1915 ab müssen die obengenannten Beiträge gezahlt und dafür die neuen Beitragsmarken gefestigt werden.

Die Lokalteilbeiträge werden noch wie vor mit der Verbandsmarke aufgelegt. Zu diesem Zwecke wurden für jede der 4 Beitragsschichten (10, 50, 60, 70 Pf.) Marken mit verschiedenen Lokalteilschlagnen angefertigt. Auf den Marken ist der Beitrag für Berbands- und Lokalteilbeiträge zusammen sowie außerdem noch jeder Beitrag getrennt aufgedruckt. Die Zahlstellen brauchen bei den Bezeichnungen auf Marken neben der Höhe des Verbandsbeitrages nur die Höhe der Lokalteilbeiträge anzugeben und sie erhalten die richtigen Marken zugestellt. Die Anzahl der benötigten Marken ist natürlich anzugeben.

Eine Reihe von Zahlstellen hat bis jetzt noch keine Angaben über die Zahl der benötigten neuen Marken gemacht. Es wird hiermit dringend um die sofortige Bezeichnung der neuen Marken gebeten. Zur Bezeichnung der Marken dienen die vom Berbandsvorstand den Zahlstellen zugestellten grünen Stoffstücke für die Zeit nach dem 1. Januar 1915 dürfen bis jetzt in Gebrauch genommene Beitragsmarken nicht mehr verwendet werden. Auch nicht für die Mitglieder, für welche ihrem Verdienst entsprechend nach dem neuen Statut keine Beitragserhöhung eintritt. Die nach erfolgter Bezeichnung für das 4. Quartal 1914 noch übrigbleibenden alten Marken verbleiben vorerst noch in den Zahlstellen. Sie dürfen jedoch nur bei eventuellen Nachzahlungen für die Zeit bis einschließlich Dezember 1914 verwendet werden. Über die Einwendung der alten Marken an den Verbandsvorstand geht den Zahlstellen noch Näheres zu.

Der Berbandsvorstand.

Die zweite gewerkschaftliche Kriegsstatistik.

Anfang September, wenige Wochen nach Kriegsausbruch, hatten die Zentralverbände eine Erhebung über die Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen und der arbeitslosen Mitglieder vorgenommen. Diese ersten Erhebung ist am 31. Oktober, also nach einem Vierteljahr, eine zweite gefolgt. Für die Septemberstatistik wurden die Mitgliederzahlen vom Sept. des Jahres 1913 als Grundlage genommen, für die Oktoberstatistik formten die Mitgliederzahlen vom Ende des zweiten Quartals 1914 genommen werden. In den ersten zwei Quartalen dieses Jahres hatten die der Generalkommunikation angehörigen Verbände einen kleinen Mitgliederzuwachs von 341, zu verzeichnen; sie zählten 2 522 643 Mitglieder. Konnten die Zentralverbände auch nicht restlos aus allen Zweigvereinen einen Bericht bekommen, so erfreut sich doch die Erhebung um 91,5 Proz. der Generalmitgliedschaft. Beide Verbände haben während der Kriegszeit an Mitgliedern zugenommen: die Fleischer 747, die Bäcker 501.

Von den 2 301 829 Mitgliedern, über die Angaben gemacht werden konnten, waren 661 905 oder 31,3 Proz. zum Kriegsdienst eingezogen (nach der Septemberstatistik waren es 27,7 Proz. Absolut wie prozentual in diese Zahl bei allen Verbänden durchgängig gefügt); die zweite Statistik im Oktober ergab

21 649 mehr zum Heeresdienst eingezogene. Von zwei Dritteln davon waren verheiratet, was aber wohl von Reich und Staat trennen, um ins Feld zu rücken.

Die Arbeitsgelegenheit hat sich geändert. Von den nach Abzug der erzeugzogenen Mitglieder verbleibenden waren im Oktober 10,7 Proz. arbeitslos, gegen 21,2 Proz. Anfang September. Diese Verschärfung der Arbeitslosigkeit ist nur zum geringen Teil dem Umstände zu danken, daß in den Gewerken an zunehmender Arbeitsgelegenheit vorhanden war; je in vieler mehr darauf zurückzuführen, daß die durch den Krieg bedrohten in einigen Gewerken sehr erhebliche Arbeitslosigkeit betriebstreibende Bedeutunglosen Arbeitsgelegenheit bot. Zumeist waren allein 175 300 beschäftigungslose Mitglieder in den Gewerkschaften zu zählen. Dazu kommen noch 122 545 Mitglieder, die bei verkürzter Arbeitszeit und bei geringem Lohn beschäftigt werden. Diese Zahl ist aber in Wirklichkeit erheblich höher, denn von 47 Verbänden haben nur 34 darüber Mitteilungen machen können.

Ungleich der sonst verminderten Arbeitslosigkeit haben die Verbände für die Arbeitslosen, für die zeitweise Bedürftigen und für die Familien der im Felde stehenden bedeutende Aufwendungen machen müssen. Von 1. August bis 31. Oktober wurden über 124 Millionen Mark an Arbeitslosen und nachzu 8 Millionen Mark an die Familien der Kriegsteilnehmer als

Unterstützung gezahlt. Die Angaben sind sicher nicht völlig erprobend. Dazu aber kommt noch die Unterstützungen an Frontlinie und Sanitätslinie.

Es ist zu befürchten, daß die momentane Bezeichnung des Arbeitsmarktes bald einer weiteren Verschärfung Platz machen wird. Der große Bedarf an Kriegsmaterial kann nur verringern und mit Eintreten des Friedensmusters auch Erd- und Feldarbeitern aufhören, bei denen jetzt viele Arbeitslose Beschäftigung finden; auch das — wenn auch in diesem Jahre vorausichtlich leichtete — Beimannsmaßnahmen möglicherweise beledend auf den gegenwärtigen Stand des Arbeitsmarktes eingewirkt haben. Die Ausgaben für die Wintermonate dürfen nicht nach dem Stande des Arbeitsmarktes im Oktober bemessen werden.

Diese durch den Krieg an die Gewerkschaften gebrachten hohen finanziellen Druck allein zu tragen, ist den Verbänden unmöglich zu gestatten. Es muß immer wieder darum bemüht werden, daß Reich, Staat und Gemeinde die Verantwortung haben, hier beständig einzutreten. So angewöhnlich eine ausschließende Reichs-Arbeitslosenunterstützung kann zur Durchführung gelangen wird, muß eindringlich verlangt werden, daß den Gemeinden, eventuell den Städten aus Mitteln des Reiches Gelder zur Unterstützung der wirtschaftlichen Druck des Krieges zur Verfügung geteilt werden.

Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten der Errichtung von Todestümmlern im Kriege sind die zuständigen Behörden angewiesen, die Auswandsentwidigungen solange zu zahlen, bis sie einwandfreie Kenntnis von dem Tode erhalten haben. Dabei sollen die in den amtlichen Veröffentlichungen enthaltenen Angaben über den Tod von Mannschaften als einwandfreie Weltstellungen angesehen werden. Werden in diesen Lizenzen Mannschaften als vermisst aufgeführt, so sind die Auswandsentwidigungen mangels einer einwandfreien Feststellung über das Schicksal dieser Mannschaften weiterzuzählen. Um eine Rücksichtnahme einmal gezahlter Auswandsentwidigungen soll grundsätzlich verzichtet werden.

Der Feigling. Die reine Erregung ist vorüber, so möchte lieber Freund ist im Friedensland, ließt Leben und Gesundheit in die Ehre oder ruht mit Fried und Freude unter fremder Erde. Doch im aber überwiegend Mutter und Kinder und jenen vorsorglich der unsicheren Zukunft entgegen. Wie ein leuchtender Stern in dunkler Nacht erkennt in diesen schweren Zeiten die Fürsorge des Verbandes, dem die Fürsorgebereitschaft seiner Mitglieder die Unterhaltung aller Bedürftigen ermöglicht. So hat der Gütekundeverleidiger wenigstens die eine Gewissheit, seine Lieben einzigermaßen vorzusehen und das Gepräge des Arbeitslosigkeit hat wenigstens für die anderen einen Teil seines Schadens durch die Organisationsunterstützung verloren. Jeder bringt in diesen schweren Zeiten Spur, die nur es gern, der Geist der Gemeinschaft erfüllt willig seine Spuren. Sie helfen alle, geben einen Teil ihres Sojus ab und jemals in kleinen Münzen manche Wohl gesammelt, die viele Tränen trocknen, manche Not lindern. Auch der verfehlte Kollege hat mit einem wohltuenden Einbringen, aber wie eine Selbstverständlichkeit erkennt ihm auch seine Mithilfe. Viele Organisationen haben neben den eigentlichen Beiträgen noch Spendenbücher oder Sonderabgaben eingerichtet, um die Familien ihrer Sonnenraden unverzüglich zu fördern.

Für einer steht abseits. Sicherlich gewünscht er wohl nie zu Ihnen, aber der freudige Geist in seiner Seele, der so manche unschöne Verbesserung auch für ihn gewünscht hat, erkennt die Notwendigkeit, ebenfalls angemessen zu sein, und wenn eine Verbesserung verlangt wurde, und er hütet anderen, die Erfüllung seiner großen Wünsche verloren, ohne selbst den Wunsch dabei anzutunken. Sei und die meisten sind und für ihn die willkommene Gelegenheit geboten, sich von der Erfüllung zu trennen, denn nun kann er ja, wie jeden Winter, nicht einmal das Sonnenfeld aus der Verbandsstätte halten; das ist ganz leicht auszuhelfen. Was muss ihm die Unterhaltung der Frauen und Kinder, er hat ja keine oder ja eine und ja verloren, weil er nicht ins Feld braucht, was braucht er Arbeitslosenunterstützung, wo er mit dauernder Arbeit reden kann? So geht er den Sonnenraden aus dem Wege, und als ihn noch einer erkennt und auf das Bildchen seiner Handlungswerte anspielt und meint, gönnt er sich sogar bereitigt, gleich zu werden. Nur für mich selber jüngst, ist seine Rolle, was kommt mir die anderen. Er steht es nicht mehr auf die eigenen Kollegen von ihm abzuwenden, gern zeigt er seine Spendenbücher, was mehr wir mehr! Wenn aber die Rückkehr eines großen Sieges kommt, dann heißt er mit, stolz von „unserem tapferen Sohn“; etc., der Feigkundeverleidiger unter Millionen armer Helden mit gesenktem Kopf. Er hat die Hoffnung und die Söhne hat ja jetzt verloren.

Leider ist dieser eine noch immer zahlreich in der deutschen Arbeiterschaft vertreten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Deutschlands Schwierigung im Spiegel der Reichsbank-Schätzminze und Darlehnsausgabe, nachdem der Goldmarkt — Preisunterschreitung der Preise und des Steiles — Die Brüderungsgeboten der österreichisch-ungarischen Striegelschulden.

Die letzte Berichterstattung vor dem Reichskanzler auf der Reichsbank war wiederum erstaunlich gehalten, als es früher üblich war, und einige für unsere wirtschaftliche Gesamtentwicklung kennzeichnende Ziffern verdienstvoll herausgehoben zu werden.

Der Krieg beginnt bekanntlich mit einer ersten Stellungnahme mit einer Festsetzung des Schiedsgerichtsvertrages durch die österreichisch-ungarischen Regierung, so dass in Beziehung mit dem unechten Niedrigzinsvertrag der Kriegsfinanzierung in den Grenzbezirken und selbst im Auslande die hofft Inflations-, hofft hyperinflaten Inflations- und Inflationsgefahr, mit einer Festsetzung des Schiedsgerichtsvertrages durch die österreichisch-ungarischen Regierung, so dass in Beziehung mit dem unechten Niedrigzinsvertrag der Kriegsfinanzierung in den Grenzbezirken und selbst im Auslande die hofft Inflations-, hofft hyperinflaten Inflations- und Inflationsgefahr, mit einer ersten Mobilisierung und Kriegszeit eingefunden. Das war die Periode zunächst einzuführte Abwehrspaltung ist bereits der langsame, aber unvermeidbare Anfang von Schiedsgerichtsvertrag des Kriegs, für den die offenbar wieder reichlich genugten, in die Reichsbank. Am 7. Oktober war der niedrige Betrag dafür mit 16,7 Millionen Pfund entsprechend worden, am 28. November kehrte sich der Betrag wieder auf 45 Millionen Pfund.

Die Richtung nach Zahlungsmitteln im kleinen Maßstab ist allerdings zu einem beträchtlichen Teil gefordert worden, damit die früher unbekannten Darlehensträger, die durch Zahlungsscripten einerseits der Reichsbank schädigend verhinderten Sondergerichtshof, die ihre Bedeutung in Verhinderung, nur bis zu unbekannt weiterhin bestehenden Scripten und Sölden endet. Der Betrieb bei den Darlehensträgern und damit die Ausgabe der Sölden hat sich aber bisher fast in engsten Grenzen gehalten als erwartet wurde. Der Betrieb der Darlehensträger am 7. November, hauptsächlich wohl in Zusammenhang mit der Geldbeschaffung für die Einschaffung

gen auf die Reichsbank mit 1120 Millionen Pfund seinen bisherigen Hochpunkt, er ist jedoch häufig zurückgegangen und beträgt am 23. November nur noch 893,9 Millionen Pfund. Die meisten Darlehensträger scheinen bleiben im Bereich der Reichsbank zu haben (am 23. November 550 Millionen Pfund). In den freien Verkehr gebracht waren am gleichen Tag 228 Millionen Pfund, und zwar entfielen

auf Abschritte

5 M.	162 Millionen Pfund,
2 M.	92 Millionen Pfund,
1 M.	44 Millionen Pfund.

Die am Anfang des Krieges hinreichlich des Kleinbetriebes hervergelebte Zahlungsfähigkeit, führte der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums Dr. von Gläsenbeck aus, „dort hier noch als überwunden gelten“. Für die neu geschaffenen Scheine besteht, nebenbei bemerkt, im Prinzip weiter ein Ausnahmestand, aber alle Reichsstädtchen sowie alle öffentlichen Städte in sämtlichen Bundesstaaten nehmen nach § 2 des Gesetzes vom 4. August 1914 die Scheine nach ihrem wahren Nominal in Zahlung, „so sind also der Scheidekunst mit ihrer Metallgrundlage aus Silber, Kupfer und Papier durchaus ebenbürtig.“

Ein gutes Argument für die vorherrschende zufriedene Zuverlässigkeit der Ausstauschfähigkeit bildet weiter die alles Erwarten überzeugende Zunahme des Goldvorrates des Reichsbanks. „Vor der Kriegsbeginn zeigte doch das Publikum, nicht allein bei Gelegenheit der Reichstagssitzungen, sondern auch sonst aus freien Städtchen, dass der einzige Aufklärungsarbeit der Presse und dem rege private Veräußerung jetzt Goldvorräte gern an die Reichsbank ab gibt. Die im Besitz der Reichsbank befindliche reiche Goldreserve wurde in mehr und mehr zur Sicherung des Reichsbanks herangezogen. Der Golddepot der Reichsbank, der wenige Tage vor Kriegsbeginn, wie bekannt, 1250 Millionen Pfund betrug, hat sich bis zum 23. November auf 1841,7 Millionen Pfund, d. h. um 691,7 Millionen Pfund gesteckt. Von dieser Erhöhung einschließen wir die festgestellten vier Durchschnitte allein 121 Millionen Pfund.“ Die reine Goldabteilung des Reichsbankamts hat sich deshalb, nach der ersten großen Auswirkung des Krieges, zusehends wieder verbessert, zuletzt nochmals von 46,1 Pfund am 23. Oktober auf 46,6 Pfund am 23. November. Da der Geschäftsbetrieb somit der Krieg in einerartiger Weise zum Stande. Die aus dem präsenten Kriegsbedarf hervorgegangene Sachlage in neuerdings fast unvorstellbarer Form, zwischen 23. Oktober und 23. November nochmals um mehr als 2 Milliarden Pfund (am 23. November 1913, dagegen am 23. Oktober 1914) und 23. August 1913 2850 Millionen Pfund, also mehr als das Doppelte. Dagegen fällt der Kreditbedarf des Reichs, in Form von bereinigten Schatzausgaben, um so mehr in das Gewicht, ausgedrückt allerdings, unter der Wirkung der Inflation, ungünstiger allerdings, unter der Wirkung der Inflationsausgaben, auch unter Bildung gegenüberstehender großer Salden auf den österreichischen Staaten.

Vorliegend für Deutschland zu politisch und des überwiegend kriegerische Ergebnisse für die Kriegsbelastungen in dem verbündeten Österreich-Ungarn. Die beiden Staaten, wie bei uns auf keinen bestimmten Zeitraum begrenzt, wurden mit zusammen 2700 Millionen Kronen geschätzt. Davon entfallen auf die 5%igen österreichischen Salzabzüge 1700 Millionen, auf die importierte Eisenware 1000 Millionen Kronen. Nach hier insgesamt die momentanen hohen Beziehungen, bis herzu zu den Kunden der neu geschaffenen Reichsbankamt der Österreich mit Beiträgen von 50 bis 70 Millionen die allgemeine innere Unterdrückung und Disziplinierung wieder, die basis für das „Durchsetzen“ bei jedem Kriege die unantastbare Grundlage bildet.

Berlin, 1. Dezember 1914.

Die Mitglieder könnten daraus sehen, wie unmöglich eine allgemeine Unterstützung aus Verbandsmitteln sei. Die Ausgaben in unserem Gewerbe seien nicht besonders geringe und man müsse mit der Zeit mit noch erhöhte Arbeitslosigkeit rechnen. In der Debatte wurde von den Rednern mit einer Ausnahme abschließend bewertet, dass es nötig sei, die Entwicklung zunächst zu ziehen, damit wir, was möglicherweise eingespart würden. Kollege Binder gab bekannt, dass die Ortsverwaltung zu der Beibrachfrage noch 2400 Pf. bewilligt habe, wobei aber erst 1400 Pf. vorhanden seien, darum für Einschaffung in der Fassung notwendig, die ganze Summe hier am Ende werde dann rund 7000 Pf. betragen. In seinem Schlusswort behandelte Kollege Egel noch die einzelnen Einmiete, die für und gegen das Antragsrecht der Verbandsmitgliedschaft ausgeworden seien, er erwartet ein allgemeines Zusammenarbeiten, damit die heimkehrenden Krieger ihren Verband noch leistungsfähig nach allen Seiten vorfinden. Reicher Bevölkerung lobte dem Redner. Zu Punkt 2 wurden noch einige Anträge besprochen, die einerseits dem Hauptvorstand, zum anderen der Ortsverwaltung übertragen wurden.

Karlsruhe. Unsere Versammlung, welche am 22. November stattfand, befasste sich mit der Errichtung des neuen Statuts. Es wurde ein Vertrag getroffen, beim Hauptvorstand die weitere Einrichtung des Termins zu demtragen, da sich inzwischen die Verhältnisse nicht geändert haben. Neben die Verhandlung mit den Brauereien wegen der Urlaubstage berührte Kollege Hiltz. Die Aussicht von der Erbauer zeigte sich sehr erfreut darüber, dass die Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit sich mit solchen Fragen beschäftigen. Die Arbeiter sollten doch auch ein Opfer bringen und auf den Urlaub verzichten. Diesen Standpunkt können wir nicht teilen. Da es sich um ein vorläufiges Recht handelt, war es notwendig, sich darüber auszusprechen. Das Verlangen, auf den Urlaub zu verzichten, gebe zu weit. Die Arbeiter bringen ebenfalls große Opfer und sind auch bereit, die Verhältnisse zu berichtigten. Die Brauereien erklärten sich davon bereit, den Urlaub später nachzuholen. Es wurde beslossen, Sitten auszugeben, wo sich die Soldaten einzutun wollen, welche wegen Ausbruch des Krieges keinen Urlaub erhalten konnten, damit man eine Überzahl habe. Leider hatte sich die Versammlung wieder einmal mit einer Einlösung wegen der leidigen Beziehungen zu bestelligen Delegierten, welche sich nicht in die Lösung fügen, sollten sich ein für allemal aus dem Krieg räumen, die Verwaltung um Hilfe anzufragen.

Stiel. Die Mitgliederversammlung der Fabrik Stiel vom 25. November besetzte sich unter anderem auch mit der Errichtung des neuen Statuts zum 1. Januar 1915. Nach längster Debatte, in der von allen Rednern die Errichtung einer Beitragsabteilung in der jetzigen schweren Zeit verdeckt wurde, wurde nachfolgender Entschluss einstimmig angenommen und die Errichtung entschieden, dass der Vorstand eine vorläufige Strafung der Errichtung des neuen Statuts im Sinne des Interesses als bald vornehmen werde: „Da der Erwagung, dass die Delegierten des Verbandsvereins in Hamburg ihre Bekämpfung reizend Beitragsabteilung und Förderung der Unterstützungsgruppe in der Vorstadt getroffen haben, dass Stiel bleibt werden, keinen Deputat und mit deren Gedächtnis hat, dass ein Krieg ausbrechen werde; dass die Delegierten in der Vorstadt eines Krieges eine Beitragsabteilung nicht beschließen werden würden; in der Erwagung, dass durch die eingesetzte Beitragsabteilung der unvermeidlichen Lebensmittel die Mitglieder an den Rand der Erwerbsmöglichkeit gebracht werden und; dass weiter die fortwährend auf sich genommenen Errichtungen für die Kriegsunterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer eine recht erhebliche Belastung der Mitglieder darstellen; in der jetzigen Erwagung, dass unsere Verbandsstätte so gestellt ist, um den an sie zu fließenden Anforderungen auf lange Zeit zu genügen, dass deswegen vorläufig auf eine Rechenschaft durch Beitragsabteilung keiner allen Vermögen verzichtet werden kann, stellt die Fabrik Stiel den Entschluss. Der Vorstand wird solche bestreben: Das auf dem Verbandsstag in Hamburg beschlossene neue Statut so lange aufzuschieben, bis wieder normale Zeiten eingetreten.“ (Zu dem Entschluss ist das Vorhandige schon in der vorherigen Nummer der Berbands-Zeitung gelöst worden. Die Redaktion.)

München. Zwei „Kriegerexemplare“. Die Kollegen in München leisten seit Kriegsbeginn zur Unterstützung der Familien der eingesetzten Kollegen einen wohltuenden Spiegelbeitrag von 50 Pf. Die beiden Brauer

Willy Rohm und Ludwig Gegenwartner der Matzäderbrennerei liefern es ab unter besonderen Bedingungen, vor einer Wette für die Familien ihrer eingesetzten Kollegen zu bezahlen und haben zur verdeckten Bedenken gegen die arbeitsfähigen Kollegen. Sie wollen nicht zulassen, dass die im Felde stehenden Kollegen kostspielig mehr arbeiten müssen, da die beiden das Glück ihrer Familien und Söhne leben müssen, dazu täglich gegen die anstehenden Gefahren, wie wird es der Frau mit den Kindern gehen. Mit den beiden Söhnen und soche tüchtiglose Herren gerätet, die Männer und Frauen vom Felde bestellenden Kollegen unter die Augen zu treten.

Nebenbei bei Gegenwartner noch ein Antritt in Friedenshafen wo er die von ihm erzeugten Produkte den Kaufmännern sehr teuer anzubringen versucht, aber noch nicht damit genug, arbeitet er Sonntags noch in den Weinbergen als Matzäder, Wälder und Blätter, um auch den Arbeitslosen nach den Verdienst zuversichern. Sein Spezial Rohm ist bestimmt mit einem Seidenzeichen aus einer bestimmten Gegend und bedroht seine Mitarbeiter mit Entlassungen.

Das Verhalten der beiden „Helden“ bei die Erbauer der Matzäderbrennerei zu einer Versammlung zusammengetragen, in welcher ihr Benehmen schäbig und gekränkt empfunden wurde. Die Betriebsversammlung beschloss einstimmig, zusätzlich aus dem Verband zu bestehen.

Starnberg-Nürnberg. Die Versammlung am 25. November war nicht besonders gut besucht. Es waren 14 Anmeldungen zur Aufnahme da. Kollege Brügel bedankte sich im Krieg getroffenen Kameraden, zum ehemaligen Erbauer erhoben sich die Kollegen von den Söhnen. Alsdann berichtete Brügel über die Beibrachsummierung und führt gesammelte Gelder zur Errichtungsermittlung. Kollege

